



Themen der Woche Nr. 17/121

1. Entwicklung des Vereinswesens in Rheinland-Pfalz
2. Kampagne „Müll nicht rum!“ zur Müllvermeidung
3. Zustand des Waldes
4. Bundesrat: Schutz für Politiker – Gesundheitsdaten sichern – Krankenhausversorgung
5. EU-Kommission begrüßt vorläufige Einigung über die Wiederverwendung von Abwasser in der Landwirtschaft



1. Entwicklung des Vereinswesens in Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung
auf eine Große Anfrage der
Fraktion der AfD
- [Drs. 17/10613](#) -

Vgl. auch [Themen der Woche 17/115 vom 24.10.2019](#)

Nach Angabe der Landesregierung sei die Anzahl der eingetragenen Vereine auf dem Gebiet von Rheinland-Pfalz in den Jahren 2000 (29 277) bis 2019 (38 144) kontinuierlich gestiegen. Lediglich im Jahr 2006 gab es einen leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr.

Mit einer Engagementquote von 48,3 Prozent belegt Rheinland-Pfalz den Spitzenplatz im Ländervergleich. Absolute Zahlen der Mitglieder in den Vereinen seien nicht bekannt, jedoch könne die Entwicklung der Mitgliederzahlen auf Basis von Befragungen eingeschätzt werden. Demnach seien seit 2012 die Mitgliederzahlen in 37 Prozent der Vereine konstant, in 35 Prozent der Vereine sogar steigend und nur in 28 Prozent der Vereine rückläufig. Allerdings sind je nach Bereich unterschiedliche Entwicklungen feststellbar. Während die Mitgliederzahlen z.B. im Bereich Bevölkerungs-/Katastrophenschutz in den meisten Vereinen gestiegen ist, ist beispielsweise im Bereich Kultur/Medien ein deutlicher Rückgang in vielen Vereinen zu verzeichnen.

2. Kampagne „Müll nicht rum!“ zur Müllvermeidung

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- [Drs. 17/10502](#) -

Ziel der Kampagne „Müll nicht rum!“ ist es, alle in Rheinland-Pfalz existierenden Mehrwegsysteme unter einem Dach zu vereinen, alltagstaugliche Lösungen zu finden und über das Thema der Abfallvermeidung und die verheerenden Umweltfolgen der Landschaftsvermüllung aufzuklären, betont die Landesregierung. Zurzeit seien 30 Kooperationspartner an der Kampagne beteiligt, weitere würden folgen. Die Kampagne sei ein wesentlicher Baustein zur **Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit**. Sie leiste einen nachhaltigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Einwegbecher stünden, wie kein anderes Einwegprodukt, sinnbildlich für die heutige Wegwerfgesellschaft.

Die positive Resonanz, die die Kampagne bislang in der Presse und Öffentlichkeit gefunden habe, belege, dass auch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen sehr daran interessiert seien, welchen Beitrag sie zum Umweltschutz leisten könnten. Die Landesregierung bekräftigt, dass es vor diesem Hintergrund auch eine Ausweitung der Mehrwegkampagne auf weitere Bereiche Sinn ergibt.

3. Zustand des Waldes

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/10517 -

Ihre Sorge um den Wald haben die Landesregierung, die kommunalen Spitzenverbände und der Waldbesitzerverband für Rheinland-Pfalz in der gemeinsamen Walderklärung vom Juni 2019 „Klimaschutz für den Wald – unser Wald für den Klimaschutz“ zum Ausdruck gebracht. Bereits in dem Titel zeigt sich die intensive Wechselbeziehung zwischen der fortschreitenden Klimakrise und den Wäldern, betont die Landesregierung.

Die Walderklärung sei vor allem ein Bündnis für den Klimaschutz und die für den Wald dringend notwendige deutliche Reduzierung der Treibhausgase durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Gemeinsam mit Vertretern des kommunalen und privaten Waldbesitzes sei es gelungen, einen Katalog von Lösungsansätzen und Maßnahmen zu entwickeln, die sich zu einer Gesamtkonzeption zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel zusammenfügten.

4. Bundesrat: Schutz für Politiker – Gesundheitsdaten sichern – Krankenhausversorgung

BundesratKOMPAKT vom 29.11.2019

In seiner letzten **Sitzung am 29. November 2019** behandelte der Bundesrat insgesamt 67 Tagesordnungspunkte.

Schutz für Politiker

Der Bundesrat beschloss, vier eigene Initiativen beim Bundestag einzubringen, darunter auch Vorschläge zum besseren Schutz von Politikern vor Bedrohungen im Internet sowie zur gezielteren Ahndung antisemitischer Straftaten.

Gesundheit

Handlungsbedarf sieht er auch bei dem Schutz von Gesundheitsdaten, der Stärkung der medizinischen Rehabilitation und hochwertigen flächendeckenden Krankenhausversorgung sowie bei der Geburtshilfe. Die hierzu beschlossenen Entschlüsse richten sich an die Bundesregierung.

5. EU-Kommission begrüßt vorläufige Einigung über die Wiederverwendung von Abwasser in der Landwirtschaft

Pressemitteilung vom 03.12.2019

Die EU-Kommission begrüßt die vorläufige Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über Mindestanforderungen für die Wiederverwendung von Wasser in der Landwirtschaft, heißt es in der Presseerklärung. Damit sollen Mindestanforderungen an die Wasserqualität eingeführt werden, um eine **sichere Wiederverwendung von behandeltem kommunalem Abwasser** in der landwirtschaftlichen Bewässerung zu gewährleisten.

Derzeit würde Abwasser nur in wenigen Mitgliedstaaten wiederverwendet. Diese nützliche Praxis werde weit unter ihren Möglichkeiten eingesetzt. Ziel der neuen Regeln sei es, eine zuverlässigere Versorgung der Landwirte in der EU mit sauberem Wasser zu gewährleisten.

Die vorläufige Vereinbarung muss nun vom Europäischen Parlament und vom EU-Rat formell genehmigt werden.